

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ausschussmitglied Margit Stoermer
Ausschussmitglied Kurt Lorentz
Ausschussmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzende Marita Hirsch
Ausschussmitglied Brigitte Klee
Ausschussvorsitzender Helmut Möhle

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglied Werner Biehl

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Grundmandat Gerold Tholen

Sonstige

beratendes Mitglied Dr. Eva Maria Haarmann
beratendes Mitglied Grit Wegmann
beratendes Mitglied Ludwig Jürgens
beratendes Mitglied Martin Toepel
beratendes Mitglied Volkmar von Nordeck

Von der Verwaltung

Fachbereichsleiter Hans-Gerhard Giersdorf

Protokollführer

Werner Schweer

Gäste

Inse Böhlke-Itzen
Reinhard Witte
Hartmut Gundlach
Tom Suberg

- Schulleiterin GS Hafenschule
- Landesschulbehörde
- GGS
- Jugendparlament

Entschuldigt

beratendes Mitglied Daaje Meppen

beratendes Mitglied Till Scheller
beratendes Mitglied Eckhard Stein

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 05.03.2009
3. Genehmigung der Tagesordnung
4. Vorlagen an den Rat:
 - 4.1 Zusammenlegung der katholischen Grundschulen Ansgarschule und Elisabethschule / 1. Lesung
5. Mitteilungen und Anfragen:
 - 5.1 Vorstellung der Schule / Info
 - 5.2 Aufnahmeverfahren IGS / Info
 - 5.3 Sachstand Zusammenlegung der Gymnasien / Info
 - 5.4 Regionalisierung des BBS-Schulwesens / Info
 - 5.5 Schulmaterialfonds / Info
 - 5.6 Anmeldetermine / Info
 - 5.7 Aufhebung der GS Neuengroden und GS Neuende / Info
 - 5.8 Agnes-Miegel-Schule / Info
 - 5.9 Termine für Veranstaltungen / Info

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er dankte **Frau Böhlke-Itzen** für die Bereitstellung der Räumlichkeiten.

2. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 05.03.2009

Die Niederschrift 2/2009 über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 05.03.2009 wurde einstimmig genehmigt.

3. Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt.

4. Vorlagen an den Rat:

4.1 Zusammenlegung der katholischen Grundschulen Ansgarischule und Elisabethschule / 1. Lesung

Herr Giersdorf verwies auf die Beschlussvorlage. In der eingesetzten Arbeitsgruppe wurden Qualitätskriterien zugrundegelegt mit dem Ziel der Sicherung eines Angebotes einer katholischen Grundschule in Wilhelmshaven.

Pro Jahrgang gäbe es durchschnittlich 45 katholisch getaufte Kinder. Davon kommen nach langjährig durchgeführten Statistiken 53% bei den beiden Angebotschulen an. Im Durchschnitt sind das aus dem Bereich Innenstadt und Stadtsüden 27 SchülerInnen, aus dem Stadtnorden 11 SchülerInnen und aus der Stadtmitte (Altengroden, Neuengroden, Rüstertsiel u. Maadebogen) 7 SchülerInnen.

Die aktuellen Anmeldezahlen für das Schuljahr 2009/10 liegen nach dem Stand vom 07.05.2009 bei der Ansgarischule bei 19 SchülerInnen und bei der Elisabethschule bei 8 SchülerInnen.

Die Arbeitsgruppe hat Qualitätskriterien festgelegt. Unter Zugrundelegung dieser Kriterien wurden die 5 Standorte Albrechtstraße, Altengroden, Ansgarischule, Neuengroden und Oldeoogestraße überprüft. Die Arbeitsgruppe hat sich mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung für den Standort Oldeoogestraße ausgesprochen. Damit gäbe es einen Standort für eine katholische Grundschule, der mittelfristig Bestand habe.

Herr Möhle erklärte, dass die Arbeitsgruppe aus jeweils 1 Vertreter der Politik, der Landesschulbehörde und der Schulverwaltung bestanden hat. 7 Vertreter kamen aus den beiden Schulen und Stadtelternrat und 1 Vertreter von der Pfarrgemeinde St. Willehad.

Insofern lag ein deutliches Übergewicht in der Arbeitsgruppe bei den Schulvertretungen. Dennoch sei das Ergebnis zugunsten des Standortes Oldeoogestraße sehr deutlich ausgefallen.

Frau Stoermer begrüßte für die SPD-Fraktion den Standort Oldeoogestraße.

Auf Anfrage von **Herrn Jürgens** teilte **Herr Giersdorf** mit, dass der jetzige Standort der GS Ansgarischule bei weitem nicht den Qualitätsmerkmalen entspräche. Für das Gebäude bestehe ein Sanierungsbedarf in Höhe von ca. 800.000 €. Auch der Raumbedarf erfülle nicht die geforderten Qualitätskriterien.

Am Standort Oldeoogestraße müsse lediglich noch die Fassadensanierung und die Schulhofgestaltung durchgeführt werden. Die restlichen Sanierungskosten belaufen sich auf rd. 300.000 €.

Die Schülerbeförderung müsse so geplant werden, dass eine Beförderung im gesetzten Zeitrahmen von 45 Minuten möglich ist.

Frau Klee erklärte, dass die CDU-Fraktion sich noch nicht festgelegt habe.

Auf Anfrage von **Frau Hirsch** teilte **Herr Giersdorf** mit, dass eine katholische Grundschule mit Standort Oldeoogestraße nicht die Existenz der Grundschulen im Stadtsüden in ihrer 2-Zügigkeit tangieren würde.

Frau Dr. Haarmann wies darauf hin, dass viele Eltern der GS Elisabethschule die Entscheidung nicht mittragen und ihre Kinder abmelden würden. Die Eltern fühlten sich auch zu spät informiert.

Herr Giersdorf erklärte, dass eine Angebotsschule mit Qualität und Leistung glänzen müsse. Es sei ein falsches Signal, wenn Eltern ihre Kinder an einer neuen katholischen Grundschule am Standort Oldeoogestraße nicht anmelden würden.

Herr Biehl teilte mit, dass eine katholische Grundschule dringend erforderlich sei. An die Eltern müsse appelliert werden, ihr Kind auch am Standort Oldeoogestraße anzumelden.

Frau Klee äußerte Bedenken, dass die katholische Grundschule am Standort Oldeoogestraße eine 2-Zügigkeit erreichen würde. Bedenklich sei, dass bereits ein Flyer der GS Ansgarschule mit neuem Standort an der Odeoogestraße im Umlauf sei.

Herr Dr. von Teichman teilte mit, dass bei Nichterreichen der 2-Zügigkeit der bessere Standort in Altengroden sei. Außerdem sollten die Protokolle der Arbeitsgruppe sowie die Matrix dem Schulausschuss-Protokoll beigefügt werden.

Der Flyer entbehre jeder Grundlage und müsse sofort aus dem Verkehr gezogen werden.

Herr Möhle wies darauf hin, dass möglicherweise in spätestens 2 Jahren Kombiklassen gebildet werden müsse. Das könne so nicht gewollt sein.

An der anschließenden ausführlichen Diskussion beteiligten sich **Frau Dr. Haarmann, Frau Wegmann** und die Herren **Dr. von Teichman, Giersdorf, Toepel, Witte** und **Biehl**.

Beschluss: Die Beschlussvorlage 94/2009 wurde bei 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

5. Mitteilungen und Anfragen:

5.1 Vorstellung der Schule / Info

Frau Böhlke-Itzen informierte, dass zurzeit 219 SchülerInnen unterrichtet würden. Jedes 2. Kind sei von der Schulbuchausleihe befreit. Jedes 3. Kind sei ein Migrationskind und jedes 4. Kind sei ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Der große Wunsch der Schule sei der Einbau eines Fahrstuhls, damit alle Kinder an allen Veranstaltungen teilnehmen können.

Herr Möhle erklärte dass die GS Hafenschule vorbildliche Arbeit leisten würde und der Wunsch seitens der Politik volle Unterstützung finde.

Auf Anfrage von **Herrn Jürgens** teilte **Herr Gundlach** mit, dass der Einbau des Fahrstuhls ein Teil des Gesamtkonzeptes sei. Die insgesamt erforderlichen Sanierungskosten in Höhe von 850.000 € sind beantragt.

Der Schulausschuss nahm Kenntnis.

5.2 Aufnahmeverfahren IGS / Info

Herr Giersdorf informierte, dass

1. die rechtliche Prüfung in Abstimmung mit der Landesschulbehörde ergeben habe, dass eine Vereinbarung über die Aufnahme von FRI-Kindern gem. § 104 NSchG nur für Geschwisterkinder nicht zulässig ist. § 104 NSchG eröffnet die Möglichkeit zur Abtretung von Gebietsteilen eines Schulträgers,
2. es nur die generelle Möglichkeit gibt, gem. § 63 Abs. 3 S. 4 NSchG einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung zu stellen. Dabei muss es sich für die Kinder um eine unzumutbare Härte handeln und/oder pädagogische Gründe vorliegen, dass die eigentlich zuständige Schule nicht besucht werden kann. Diese Ausnahmeanträge sind als Einzelfälle zu betrachten und zu bewerten,
3. die Schulleitungen der IGS Friesland und der IGS Wilhelmshaven müssen über die Ausnahmeanträge ohne Beteiligung der Schulträger und Landesschulbehörde eigenverantwortlich beschließen,
4. bei Vorliegen von Anträgen und einer Zustimmung der IGS Wilhelmshaven sind diese FRI-Kinder vorrangig aufgenommen und müssen nicht in das differenzierte Losverfahren. Die Anzahl der Ausnahmeanträge reduziert das Aufnahmekontingent von 180 Plätzen,
5. der Schulträger Stadt Wilhelmshaven wird dieser gesetzlichen Regelung über die Aufnahme von FRI-Kindern über Ausnahmeanträge nicht entgegenstehen,
6. im Falle einer möglichen Zustimmungsverweigerung der IGS Wilhelmshaven entscheidet die Landesschulbehörde über diese Anträge,
7. der Landkreis Friesland dieser Regelung zustimmen und Sachkostenbeiträge bezahlen würde.

Der Schulausschuss nahm Kenntnis.

5.3 Sachstand Zusammenlegung der Gymnasien / Info

Herr Giersdorf teilte mit, dass die politischen Gremien Schulausschuss, Werksausschuss GGS und der Ausschuss für Planen und Bauen über die Ergebnisse des Preisgerichtes informiert worden seien.

Dem „Arbeitskreis weiterführende Schulen“ wurde das Ergebnis der Jury am 29.04.2009 vorgestellt. Die Mitglieder des Arbeitskreises waren sich einig, dass als nächstes die Standortfrage erarbeitet werden müsste. Am 26.05.2009 werde der Arbeitskreis zu diesem Thema erneut tagen. Ziel ist es, der Politik eine Empfehlung zu geben, damit noch vor den Sommerferien der erforderliche Ratsbeschluss erfolgen kann.

Der Ratsbeschluss sei notwendig, um über GGS die angedachte Umsetzung im Rahmen eines PPP-Modells starten zu können.

Herr Gundlach führte aus, dass an beiden Standorten eine Zusammenlegung möglich sei. Die Kosten bewegen sich in einem Rahmen zwischen 13 und 16 Millionen €.

Auf Anfrage von **Herrn Jürgens** erklärte **Herr Giersdorf**, dass die Schulleiterin des KKG und auch der Schulleiter des GaM Mitglieder des Preisgerichtes gewesen seien. Ebenso hätten beide Schulleitungen gemeinsam mit dem Fachbereich 40 ein Raumprogramm erarbeitet.

Frau Stoermer teilte mit, dass die SPD-Fraktion sich für den Standort Mühlenweg ausgesprochen habe. Der gesamte Komplex Mühlenweg sollte ein Bildungszentrum werden.

Der jetzige Standort des KKG soll als zukünftiger Campus für ein Berufsschulzentrum vorgehalten werden.

Der Schulausschuss nahm Kenntnis.

5.4 Regionalisierung des BBS-Schulwesens / Info

Herr Giersdorf informierte über ein am 13./14.03.2009 stattgefundenes Gespräch mit den beteiligten Schulträgern Wilhelmshaven und Friesland, den Schulleitungen, dem Allgemeinen Wirtschaftsverband, der Kreishandwerkerschaft und der Handwerkskammer Oldenburg.

Ziel war es, Möglichkeiten über ein gemeinsames BBS-Angebot in Wilhelmshaven und Friesland zu erarbeiten und gleichzeitig Ressourcen zu bündeln, Finanzen effektiver einsetzen zu können und Standorte zu finden, wo die Ausbildung und Beschulung am sinnvollsten vorzuhalten wäre.

Aus dem Workshop heraus sind eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet worden, die jetzt von den Schulen und Schulträgern zu bearbeiten seien.

Neben den Schulträgern Wilhelmshaven und Friesland soll zukünftig auch der Landkreis Wittmund mit eingebunden werden.

Der nächste Termin ist für den 30.09.2009 terminiert.

Als positives unmittelbares Ergebnis wurde festgehalten, dass die durch die Änderung der BBS-VO vorgegebenen neuen Schulen (Berufseinstiegsschule etc.) nicht formell beantragt werden und im Sinne dieser BBS-VO gearbeitet wird, um nicht neue Hürden aufzubauen.

Der Schulausschuss nahm Kenntnis.

5.5 Schulmaterialfonds / Info

Herr Giersdorf teilte mit, dass die Auszahlung der Mittel für 2008 an die Schulen erfolgt sei. Antragsberechtigt waren die von der Schulbuch-Ausleihe befreiten Eltern. Die Schulen haben auf Rückfrage durch die Schulverwaltung die erforderliche Verteilung unbürokratisch vorgenommen. Ein Verwendungsnachweis musste nicht geführt werden.

Ab dem Schuljahr 2009/10 erfolgt eine bundesgesetzliche Regelung mit dem „Schulbedarfspaket“. Hiernach erhalten die betroffenen Eltern 100 € pro Kind und Schuljahr. Damit fällt der kommunale Zuschuss weg.

Herr Dr. Graul hat auf der Schulleiter-Versammlung am 05.05.2009 die Einrichtung eines kleinen „Härtefallfonds“ beim Schulträger in Aussicht gestellt. Aus diesem Fond heraus sollten bei besonderen Härtefällen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ein entsprechendes Gremium, die über die Gewährung beschließt, müsste noch eingerichtet werden.

Herr Möhle wies darauf hin, dass eine solche Regelung erst zum nächsten Haushalt möglich sei.

Auf Anfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Herr Giersdorf**, dass für das 1. Schulhalbjahr 2008/09 insgesamt 49.770 € an die Schulen ausgezahlt worden sind.

Der Schulausschuss nahm Kenntnis.

5.6 Anmeldetermine / Info

Herr Giersdorf informierte, dass die Anmeldetermine der 5. Klassen für das Schuljahr 2009/10 am 28. und 29.05.2009 seien.

Ein weiterer Anmeldetermin für die Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien sei am 12.06.2009.

Der Schulausschuss nahm Kenntnis.

5.7 Aufhebung der GS Neuengroden und GS Neuende / Info

Herr Giersdorf teilte mit, dass die Landesschulbehörde mit Schreiben vom 20.04.2009 der Aufhebung der GS Neuengroden und der GS Neuende zugestimmt habe.

Der Schulausschuss nahm Kenntnis.

5.8 Agnes-Miegel-Schule / Info

Herr Giersdorf erklärte, dass das Nds. Kultusministerium mit Schreiben vom 27.03.2009 der Einrichtung einer offenen Ganztagschule an der Agnes-Miegel-Schule zugestimmt habe.

Der Schulausschuss nahm Kenntnis.

5.9 Termine für Veranstaltungen / Info

Herr Möhle informierte über nachfolgende Veranstaltungen:

a) Einweihung Mensa an der HS Bremer Straße am 20.05.2009 und

b) 100 Jahre Förderschule Wasserturmschule am 29.05.2009.

Der Schulausschuss nahm Kenntnis.

